Inhalt

Erhard Denninger
Vorwort 7

1. Gegenstand und Ansatz der Untersuchung 11

2. Die Politik der KPD von 1945 bis 1968 20
2.1. Die Politik der antifaschistischen Demokratie (1945-1948) 20
2.2. Die Politik des nationalen Widerstandes (1948-1956) 23
2.3. Die KPD in der Illegalität (1956–1968) 39

3. Kommunistenverfolgungen von 1949 bis 1951 52
3.1. Maßnahmen der Besatzungsmächte 52
3.2. Entfernung der Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst 54
3.3. Entziehung öffentlicher Aufträge bei Unterstützung von Kommunisten 57
3.4. Polizeimaßnahmen gegen kommunistische Demonstrationen und Versammlungen 58
3.5. Polizeimaßnahmen gegen kommunistische Propaganda und gegen DDR-Kontakte 60
3.6. Verbotserklärungen der Volksbefragungsausschüsse, der FDJ und der VVN durch die Bundesregierung 62
3.7. Besonderheiten der Politischen Justiz gegen Kommunisten von 1949 bis 1951 66

4. Die gesetzlichen Grundlagen von 1951 71
4.1. Das Gesetzgebungsverfahren 71
4.2. Die antikommunistische Stoßrichtung des neuen politischen Strafrechts 73
4.3. Die Struktur des neuen politischen Strafrechts 74
4.4. Die Kritik am neuen politischen Strafrecht 76

5. Die Struktur der Politischen Justiz gegen Kommunisten 80
5.1. Die Verfassungswidrigkeit der kommunistischen Politik 81
5.2. Die Strafbarkeit der individuellen Betätigung für die kommunistische Politik 84

Bibliografische Informationen
http://d-nb.info/790111225

digitalisiert durch DEUTSCHE NATIONAL BIBLIOTHEK

6. Hochverrat 91
6.1. Die Auslegung der Hochverratstatbestände 91
6.2. Die Hochverratsprozesse 93
6.3. Streik als Gewalt im Sinne der Hochverratstatbestände 95
6.4. Die Undurchführbarkeit des hochverräterischen Unternehmens 96

7. Landesverrat 100
7.1. Die Rolle des Landesverrates in der Politischen Justiz gegen Kommunisten 100
7.2. Die Tatbestände des Landesverrates 101
7.3. Landesverrat und landesverräterische Fälschung (§§ 100, 100a StGB) 102
7.4. Landesverräterische Beziehungen (§ 100e StGB) 104

8. Verbot der kommunistischen Massen- und Bündnisorganisationen 109
8.1. Die Rechtslage 109
8.2. Die Verbotsprozesse gegen die FDJ und die VVN 110
8.3. Verbote durch die Verwaltungsbehörden 113

9. Das KPD-Verbot 117
9.1. Das Verfahren 117
9.2. Das Urteil 119
9.3. Die Zerschlagung der legalen politischen Arbeit der KPD 128
9.4. Das KPD-Verbots-Urteil als zusätzliche Ermächtigung zu administrativen und strafrechtlichen Verfolgungen 134

10. Kriminalisierung der kommunistischen Organisationsarbeit 141
10.1. Politische Bedeutung der Organisationsdelikte 141
10.2. Verfassungsfeindliche Vereinigung (§ 90a StGB i. d. F. von 1951) 143
10.3. Kriminelle Vereinigung (§ 129 StGB) 150
10.4. Geheimbündelei (§ 128 StGB) 152
10.5. Fortführung einer verbotenen Vereinigung (§ 129a StGB) 155
10.6. Kommunistische Organisationsarbeit als Zuwiderhandlung gegen das KPD-Verbots-Urteil 155
10.7. Die Organisationsdelikte nach der Neuregelung von 1964 159

11. Verfolgung der kommunistischen Meinungsäußerungen 167
11.1. Politische Bedeutung der Verfolgung der kommunistischen Meinungsäußerungen 167
11.2. Verunglimpfungen und Beleidigungen (§§ 95 ff. und 185 ff. StGB) 169
11.3. Verfassungsfeindliche Publikationen (§ 93 StGB) 171
11.4. Kommunistische Meinungsäußerungen als Zuwiderhandlungen gegen das KPD-Verbots-Urteil 175
11.5. Verfassungsverräterische Zersetzung (§ 91 StGB) 179
11.6. Berufsverbote gegen kommunistische Herausgeber, Redakteure und Journalisten (§ 421 StGB) 181
11.7. Einziehung von kommunistischer Literatur (§§ 98 Abs. 2, 86 StGB) 181
11.8. Kontrolle von Postsendungen aus der DDR 183
11.9. Kontrolle der Einfuhr von Filmen aus der DDR und den osteuropäischen Ländern 185
11.10. Sonstige administrative Maßnahmen, insbesondere Zeitungsverbote 187
11.11. Zivilrechtliche Maßnahmen 188

12. Kriminalisierung politischer Kontakte mit der DDR 196
12.1. Politische Bedeutung der Kriminalisierung politischer Kontakte mit der DDR 196
12.2. Verfassungsverräterische Beziehungen (§ 100d Abs. 2 StGB) 199
12.3. Verfassungsverräterischer Nachrichtendienst (§ 92 StGB) 203
12.4. Politische Kontakte mit der DDR als Zuwiderhandlungen gegen das KPD-Verbots-Urteil 207

13. Die Institutionen der Politischen Justiz 214
13.1. Die Bundesregierung 214
13.2. Verfassungsschutz und Politische Polizei 217
13.3. Die Staatsanwaltschaften 222
13.4. Die Strafgerichte 224
13.5. Sonstige Gerichte 227
13.6. Das Personal der Politischen Justiz 228

14. Das Verfahren der politischen Strafjustiz 236
14.1. Zahl der Ermittlungsverfahren 236
14.2. Praxis der Ermittlungsverfahren 243

14.3. Untersuchungshaft 248
14.4. Zeugen vom Hörensagen 250
14.5. Sachverständige und sachverständige Zeugen 253
14.6. Ungeeignete und unerreichbare Zeugen 254
14.7. Offenkundigkeit von Beweistatsachen 256
14.8. Behinderungen der Verteidigung 258
14.9. Durchbrechung des Legalitätsprinzips 261

15. Die Sanktionen der Politischen Justiz 271
15.1. Zahl der Verurteilten 274
15.2. Strafzumessungserwägungen 279
15.3. Höhe der Freiheitsstrafen 280
15.4. Strafvollzug 284
15.5. Bewährungsauflagen und Nebenstrafen 287
15.6. Kosten des Strafverfahrens 292
15.7. Administrative Benachteiligungen 293
15.8. Verlust von Wiedergutmachungsleistungen 296
15.9. Verlust des Arbeitsplatzes 299

16. Der Kampf gegen die Politische Justiz 310
16.1. Der Kampf der KPD gegen die Politische Justiz 310
16.2. Die Verteidigung gegen die Politische Justiz 313
16.3. Der Amnestieausschuß der Verteidiger in politischen Strafsachen 314
16.4. Die juristische Fachkritik an der Politischen Justiz 315
16.5. Die publizistische Kritik an der Politischen Justiz 317
16.6. Die Amnestiediskussion von 1956/57 320
16.7. Die Reformdiskussion von 1965 bis 1968 322
16.8. Das 8. Strafrechtsänderungsgesetz von 1968 324
16.9. Die Amnestie von 1968 325
16.10. Die Kontroverse über die Wiederzulassung einer Kommunistischen Partei 326
16.11. Die praktische Bedeutung des Kampfes gegen die Politische Justiz 328

17. Die Bedeutung der Politischen Justiz gegen Kommunisten für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 334
17.1. Die Abwehr der kommunistischen Gefahr als Legitimation der Politischen Justiz gegen Kommunisten 335

17.2. Ideologische Wirkungen der Politischen Justiz gegen Kommunisten 342
17.3. Die Beendigung der Politischen Justiz gegen Kommunisten im Jahre 1968 351

18. Die Rechtsförmigkeit der Politischen Justiz gegen Kommunisten 359

Abkürzungsverzeichnis 368

Literaturverzeichnis 371

Die wichtigsten Bestimmungen des politischen Strafrechts von 1951 bis 1968 387

Namensverzeichnis 402